

Bezugspreise für das
ehemalige Österreich-Ung.
ganzjährig K 10.—
halbjährig K 5.—

für Amerika:
ganzjährig D. 2.50

für das übrige Ausland
ganzjährig K 12.—

Gottscheer Zeitung

Anzeigen (Inserate)
werden nach Tarif be-
rechnet und von der Ver-
waltung des Blattes
übernommen.

Briefe ohne Unterschrift
werden nicht berücksichtigt,
Manuskripte nicht zurück-
gesendet.

Erscheint am 1., 10. und 20. eines jeden Monats.

Bestellungen übernimmt die Verwaltung der Gottscheer Zeitung in Gottschee Nr. 121.

Berichte sind zu senden an die Schriftleitung der Gottscheer Zeitung in Gottschee.

Postsparkassen-Konto
Nr. 842.285.

Nr. 13.

Gottschee, am 1. Dezember 1919.

Jahrgang I.

Wichtig für die Parteien bei der Markierung der Banknoten.

Die Markierung der jugoslawischen gestempelten Banknoten wird durchgeführt in der Zeit vom 30. November bis einschließlich 13. Dezember 1919 jeden Tag zwischen 8 Uhr vormittags und 2 Uhr nachmittags und zwar getrennt für die Einwohner der Steuer-
gemeinden, wie folgt:

- | | |
|------------------|--|
| am 1. Dezember | beim Steueramte Gottschee Lienzfeld,
" Postamte Gottschee Razendorf,
" Sparkasse Gottschee Seele. |
| am 2. Dezember | Steueramt Koflern,
Postamt Schwarzenbach,
Sparkasse Witterdorf. |
| am 3. Dezember | Steueramt Malgern,
Postamt Reintal, Strill,
Sparkasse Mösel. |
| am 4. Dezember | Steueramt Ebental,
Postamt Banjaloka,
Sparkasse Allilag. |
| am 5. Dezember | Steueramt Buchberg, Blüchel, Friesach und
Taubenbrunn,
Postamt Suchor,
Sparkasse Nesseltal, Kummerd., Reichenau. |
| am 6. u. 7. Dez. | Steueramt Gottschee von Nr. 141 weiter,
Postamt Kohlenwerk und Ort. Mooswald,
Sparkasse Gottschee von Nr. 1 bis 140. |
| am 8. Dezember | Steueramt Brh,
Postamt Fara, Kuschel,
Sparkasse Unterdeutschau,
Steueramt und Sparkasse Pirtsche. |
| am 9. Dezember | Steueramt Hinterberg, Stalzern,
Postamt Ossumitz, Wosail,
Sparkasse Graflinden, Unterlag. |
| am 10. Dez. | Steueramt Kotschen,
Postamt Slürgern,
Sparkasse Kieg. |
| am 11. Dez. | Steueramt Tiefenbach,
Postamt Suchen,
Sparkasse Obergras. |
| am 12. Dez. | Postamt Morobitz,
Sparkasse Göttenitz,
Steueramt Nachzügler aus dem ganzen
Steuerbezirke Gottschee. |
| am 13. Dez. | Steueramt, Postamt und Sparkasse Nach-
zügler aus dem ganzen Bezirke Gottschee. |

Die Parteien müssen die Banknoten überreichen, geordnet nach Gattungen zu 1000, 100, 50, 20 und 10 Kronen, die deutsche Aufschrift nach oben gerichtet. Der ganze Betrag ist einzuwickeln in ein Paket, auf welchem aufzuschreiben ist: Vor- und Zuname, Beruf, Wohnort und Haus-Nr. des Überreichers; ferner die Anzahl der überreichten Banknoten, getrennt nach Gattungen, deren Gesamtbetrag und schließlich die Endsumme sämtlicher Banknoten.

Einzelne Banknoten zu 10 K werden nicht entgegengenommen. Es müssen daher mindestens 2 Stück zu 10 K oder 1 Stück zu 20 K überreicht werden. Wo möglich sollen Banknoten im Gesamtwerte von weniger als 100 K von einer Partei überhaupt nicht überbracht werden; vielmehr mögen mehrere Parteien mit so geringen Beträgen die Banknoten gemeinschaftlich durch einen Verwandten oder Bekannten zusammen der Abstempelungskommission vorlegen. Es wird sich daher insbesondere empfehlen, daß für ganze Familien (Frau, Kinder, Knechte und Mägde) nur der Familienvorstand erscheint.

Infolge des bestehenden Mangels an kleinen Noten wollen die Parteien 1- und 2-Kronennoten bis zur Höhe von 9 K mitbringen, damit die Auswechslung glatt vor sich gehen kann.

Von unseren deutschen Volksgenossen im Banat.

Die weitblickende Kaiserin Maria Theresia fasste im Jahre 1764 den Entschluß, die von den Türken verwüsteten, überaus fruchtbaren Gebiete im Banat, das noch heute als ein Kanaan gilt, zu neuer Blüte zu bringen, und siedelte zu diesem Zwecke erst 30.000, dann einige Jahre nachher weitere 10.000 schwäbische Bauern dort an. Diese sind innerhalb 136 Jahren zu einer großen Bevölkerung herangewachsen; aus den 40.000 sind 600.000 geworden, die im Temeser Komitat leben. Mehr als die Hälfte von den Banater Deutschen gehören nunmehr dem jugoslawischen Staate an, sind also jugoslawische Staatsbürger deutscher Zunge wie wir Gottscheer. Die Gottscheer siedeln allerdings um nahezu 400 Jahre bereits länger im jetzigen Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen, an Bevölkerungszahl aber stehen sie weit hinter den Banater Schwaben.

Durch die freundliche Vermittlung eines geschätzten Landsmannes erhielten wir diesertage ein paar Nummern des „Deutschen Volksblattes“, das als Tageszeitung in Neusatz erscheint. Ein Beweis dafür, daß sich das Banater Schwabentum wirtschaftlich und völkisch kräftig fühlt, denn sonst wäre es nicht möglich, daß sich dort ein Tagblatt halten könnte, das vierteljährig 45 Kronen kostet. Das Blatt steht ehrlich auf dem Boden des jugoslawischen Staates, vertritt aber kräftig und nachdrücklich auch die Interessen des deutschen Volkstums der Banater Schwaben. Es wird die Leser unseres Blattes gewiß interessieren, aus ein paar Proben die Haltung des genannten deutschen Banater Blattes kennen zu lernen.

In der Nummer vom 31. Oktober l. J. lesen wir im Leitartikel, in welchem ausgeführt wird, daß nur ein an Leib und Seele gesundes Volk seinen Platz in der Geschichte zu erringen und zu behaupten vermag, daß hingegen Wohlleben, sündhafte Üppigkeit, Schlemmerei und Wollust die Kraft jedes Volkes breche: „Die gleichen ehernen Gesetze gelten auch heute und werden in alle Ewigkeit ihre Geltung behalten. Darum müssen alle, denen das Deutschtum unserer Heimatlande lieb und wert ist, vor allem dafür sorgen, daß unser Volk sich in seiner körperlichen und seelischen Unversehrtheit erhalte, und da müssen wir, so schwer es uns auch fällt, den Finger an eine schwärende Wunde legen, die sich hier und da — gottlob nur vereinzelt — an dem sonst kerngesunden Körper unseres Volkes zeigt. „Kinder sind Gottes Segen“, dieses schlichte und doch so tief ergreifende deutsche Mahnwort müssen wir allen unseren Volksgenossen zurufen: Weiset ihn nicht von Euch, diesen Gottessegner, der die einzige Gewähr dafür ist, daß Euer Name und Euer Haus, Euer Volk und Eure Heimat und damit Eure Sprache, Euer Lied und Eure Sitte dauere. Wer den göttlichen Funken, der ihm zuteil geworden, freventlich mißbraucht oder zerstört, der veründigt sich nicht nur an sich selbst, sondern an Kind und Kindeskind, an seinem Volke und letzten Endes an der gesamten Menschheit. Wie mancher, dem der einzige Sohn mißraten oder gestorben oder im Kriege gefallen, schlägt sich jetzt verzweiflungsvoll an die Brust, ratlos, wem er sein mühsam errafftes Gut hinterlassen soll. Nicht materielle Habe, sondern Kinder, viele und gesunde Kinder, sind der größte Reichtum, zugleich aber auch das reinsten Glück, das dem Menschen beschieden sein kann.

Jede gesunde Bevölkerungspolitik muß von hier ausgehen. Schafft uns Kinder herbei, Tausende und Abertausende, rotwangige, lebensfrohe Kinder, die die Zukunft unseres Volkes bedeuten. Nur keine Sorge, daß unsere Kinder ihr Brot nicht finden könnten. Wir sind ja vornehmlich ein Bauernvolk, das seine eigene Scholle bearbeitet, und diese Scholle ist so gottbegnadet, daß sie mit Leichtigkeit noch einmal so viel Menschen ernähren kann. Und dann noch Eines: unser Bauernstand muß uns auch Lehrer und Priester, Ärzte und Anwälte, Gewerbetreibende, Kaufleute und Industrielle liefern, ganze Männer, die ihrem deutschen Volkstum treu bleiben und uns endlich dazu verhelfen, daß wir zu einem wohl gegliederten Volkstörper werden, der alle Stände umfaßt und sich selbst genügen kann. Es wird dafür gesorgt werden, daß in Zukunft Eure Söhne nicht als „Kunstdünger“ dienen (wie während der magyarischen Herrschaft u. d. Schriftl.), sondern Euch selbst und Eurem deutschen Volke zur Freude und Erhebung werden, auch wenn sie ihr Lebensweg nach der Stadt führen sollte. Aber schafft sie herbei: Kinder, Kinder und nochmals Kinder!“

Auch wehrhaft versteht das Blatt zu sein, ohne dabei zu verletzen. Hieb und Parade sind elegant, sozusagen auch den Gegner gewinnend. So wird in der Nummer vom 1. November ebenso fein als wirksam dagegen Stellung genommen, daß die Deutschen als eine „fremdsprachige“ Minderheit bezeichnet werden. „Vor wenigen Tagen geschah es“, schreibt das „Deutsche Volksblatt“, „daß wir von befreundeter Seite — wohlgemerkt, von befreundeter Seite, also ohne jedwede verletzende Absicht, ohne jedweden Hintergedanken — als ‚fremdsprachige‘ Minderheit bezeichnet wurden. Wir verbatan uns höflich, aber entschieden diese Bezeichnung und hatten die Genugtuung, unseren Freund nach erhaltener Aufklärung im vollsten Einverständnis mit uns zu sehen.

Nicht um eine unfruchtbare politische Polemik ist es uns zu tun, wenn wir dieses Thema aufgreifen, sondern alte Hindernisse und Mißverständnisse wollen wir aus dem Wege räumen, die der Versöhnung und dem Kulturfortschritte der gepeinigten Völker im Wege stehen. Auch von übertriebener Empfindlichkeit wissen wir uns frei, aber die Selbstachtung genügt uns, Stellung zu nehmen, wenn es um unsere Ehre, ja um die Grundlage unserer Existenz geht. Was in dem einen Falle bloß ein Ausfluß von Gedankenlosigkeit war, ist in hundert anderen Fällen gewollte Kränkung, beabsichtigte Zurücksetzung und letzten Endes Verleugnung unserer

Existenzberechtigung. Dagegen müssen wir uns zur Wehre setzen.

Minderheit — ja, fremdsprachig — nein und tausendmal nein! Unserer Stellung als Minderheit sind wir uns wohl bewußt, und wer uns kennt, wird uns das Zeugnis nicht vorenthalten können, daß wir die Notwendigkeit einträchtigen Zusammenlebens und Zusammenwirkens mit allen unseren Mitbürgern jederzeit bereitwillig anerkannt und — oft genug bis zur Selbstentäußerung — auch geliebt haben. Daß man uns Deutsche aber als ‚fremdsprachig‘ bezeichnet, geht denn doch über die Hutshur. Wir sind hier nicht fremd, sondern bodenständig, in unserer Heimatlande wurzelnd, der wir mit jeder Faser unseres Wesens anhängen, nicht nur weil sie uns nährt, sondern hauptsächlich weil sie die Gebeine unserer Vorfahren aufgenommen hat und auch weil sie dem Lebenden, dem zukünftigen Geschlecht ein gottgefälliges Leben und die ewige Ruhestätte gewähren soll. Wie uns das magyarische „idegen ajku“ wehe getan hat, so hat uns auch das ‚fremdsprachig‘ unseres Freundes verletzt, wenngleich wir wissen, daß hier ein lapsus calami unterlaufen ist. Nicht ‚fremdsprachig‘, sondern ‚anderssprachig‘ oder noch besser und einfacher ‚deutsch‘ sind wir und das wollen wir mit Gottes Hilfe auch bleiben. Und wenn wirklich eine Versöhnung, diese Sehnsucht aller Edelsten unter den Nationen, angebahnt werden soll, so müssen wir alle, die eines guten Willens sind, bitten, uns, die wir als nationale Minderheit unseren Platz wohl einzuschätzen wissen, nicht als fremde oder fremdsprachige zu bezeichnen und uns solcherart a priori außerhalb der großen Gemeinschaft zu stellen, mit der wir leben müssen und auch redlich leben und streben wollen.“

Wacker! Diese Worte sind auch uns aus dem Herzen gesprochen.

Aus Stadt und Land.

Gottschee. (In den Ruhestand ist getreten) der Staatskommissär für soziale Fürsorge bei der Landesregierung für Slowenien Herr Albin Prepeluh.

— (Genossenschaftsversammlung.) Montag den 24. November um 6 Uhr abends fand im Gasthause des Herrn Josef Berderber eine Genossenschaftsversammlung statt, an der auch die Kaufleute der Stadt Gottschee in großer Zahl teilnahmen. Es handelte sich in erster Linie um die Wahl von Vertretern in den Schulausschuß der gewerblichen Fortbildungsschule, die nach mehrjährigem Stillstande wieder ihre segensreiche Tätigkeit beginnen soll. Bei der ziemlich langen und lebhaften Aussprache, die zeigte, welches großes Interesse dieser Schule in unseren gewerblichen und kaufmännischen Kreisen entgegengebracht wird, wurde allgemein bedauert, daß die Schule auf Anordnung der Landesregierung den Unterricht nur in der slowenischen Sprache erteilen darf. Es wurde hervorgehoben, daß der Großteil der Lehrlinge der slowenischen Sprache gar nicht oder nicht in solchem Maße mächtig ist, um dem Unterrichte erfolgreich folgen zu können. Da von berufener Seite dem Genossenschaftsvorsteher gegenüber zugesagt worden war, daß der gewerbliche Unterricht in beiden Sprachen abgehalten werden wird, wurde beschlossen, an die Landesregierung ein Ansuchen zu richten, es möge dieser berechtigten Forderung Rechnung getragen werden. Nach Einlangen der Erledigung werden dann die Vertreter gewählt werden. — Der Genossenschaftsobmann gibt bekannt, daß das Gewerbeinspektorat in Laibach an die Genossenschaftsvorsteherung die schriftliche Aufforderung gerichtet hat, Sorge zu tragen, daß in allen gewerblichen Betrieben sofort die achtstündige Arbeitszeit eingeführt wird. Es wurde beschlossen, die achtstündige Arbeitszeit mit 1. Dezember durchzuführen, gleichzeitig aber auch, daß auf die bisherigen Preise für die verwendete Arbeitszeit vom 1. Dezember an bei allen Arbeiten ein 30%iger Aufschlag berechnet wird. Dies wurde damit begründet, daß durch die Herabsetzung der Arbeitszeit auf acht Stunden weniger geleistet wird, also die Einnahmen für den Gewerbetreibenden

sinken, während die Ausgaben für Kost, Wohnung, Wäschereinigung, welche Ausgaben der Meister zu bestreiten hat, da die Hilfsarbeiter bei ihm wohnen, zum mindesten die gleichen bleiben. Auch wurde beschlossen, vom 1. Dezember an nur gegen sofortige Barzahlung zu liefern. Bei Empfangnahme der fertigen Arbeit ist auch die Zahlung zu leisten.

— (Der Mangel an Mehl und Brot.) Slowenien braucht monatlich 600 bis 700 Waggon Getreide. Da es selbst ein getreidepassives Land ist, muß Getreide aus dem Banat usw. eingeführt werden. Hätten wir in jeder Beziehung normale Verhältnisse, so könnte es uns an Getreide und Mehl niemals mangeln, da die getreidereichen Gegenden Jugoslawiens nicht nur den inneren Bedarf zu decken vermögen, sondern auch ins Ausland exportieren. Woher also der Mangel in den letztvergangenen Tagen, den auch wir in Gottschee zu spüren bekamen, indem kein Mehl zu haben war und die Bäcker deshalb auch kein Brot erzeugen konnten? Die Landesregierung in Laibach hat hierüber Aufklärung gegeben, indem sie darauf hinwies, daß dieser Mangel durch Verkehrskrisen und Eisenbahnschwierigkeiten hervorgerufen worden sei. Wichtige Eisenbahnknotenpunkte waren mit Zügen sozusagen verstopft, die direkten Lebensmittelzüge von Slowenien nach dem Banat wurden eingestellt usw. Mittlerweile haben die Verkehrsverhältnisse wieder eine Wendung zum Besseren genommen und es ist zu hoffen, daß in kurzer Zeit wieder genügend Getreide aus dem Banat eintreffen wird. Der Ankauf von Getreide im Banat begegnet gegenwärtig auch deshalb Schwierigkeiten, weil die Landwirte wegen der Markierung der Banknoten entweder die Ware zurückhalten oder höhere Preise stellen. Deshalb sind auch die Mehlpreise in die Höhe gegangen. Wie wir vernehmen, wird demnächst in Gottschee wieder Mehl auf Karten verteilt werden.

— (Ein Kassationshof für Slowenien und Dalmatien.) Aus Belgrad wird gemeldet: Im Justizministerium wird eine Verordnung über die Errichtung eines Kassationsgerichtes für Dalmatien und Slowenien ausgearbeitet. Der Sitz dieses Gerichtshofes wird in Agram sein.

— (Minoritätenschutz in Rumänien.) König Ferdinand sagte am Schlusse seiner Thronrede in der rumänischen Konstituante: In dieser Hoffnung müssen die Rumänen auch allen fremden Nationalitäten in Großrumänien volle politische und kulturelle Freiheit gewähren, damit diese Freunde und keine Feinde Großrumaniens werden.

— (Ablehnung der Ratifikation des Friedensvertrages.) Im Senate zu Washington wurde die Ratifikation des Friedensvertrages mit 53 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Der Senat wurde darauf auf unbestimmte Zeit vertagt.

— (Ein schriftlicher Protest der Oppositionsparteien an die Regierung.) „Politika“ meldet: Am 21. November übergaben die Chefs der Oppositionsparteien Dr. Draža Davidović einen schriftlichen Protest wegen der Nichteinberufung der Sitzungen der provisorischen Volksvertretung. Gleichzeitig richteten Stojan Protić, Trifković, Ribarac, Dr. Laginja, Dr. Korošec und Dr. Medaković eine Interpellation an den Ministerpräsidenten Davidović, in der sie von der Regierung verlangen, daß sie in der ersten Parlamentsitzung über folgende Punkte sich zu erklären habe: 1. Über die allgemeine Staatslage der inneren und äußeren Politik. 2. Warum die Regierung bis jetzt das Parlament noch nicht einberufen hat und warum sie einseitig die Arbeit des Parlaments beiseite schob, wo doch sehr wichtige und rasch zu lösende Fragen der Erledigung harren. Damit wurde die Kontrolle des Parlaments über die Arbeit der Regierung und die Staatsverwaltung suspendiert, wo doch nach einstimmigem Beschlusse das Parlament bis zur Einberufung der Konstituante beisammen zu bleiben hätte. 3. Warum die Regierung nicht die Bewilligung der Budgetwölffel vom Parlament verlangt hat? 4. Warum die Regierung eine Staatsschuld verschreibt, indem sie von den Staatsbürgern 20 Prozent von jeder Krone abnimmt, ohne dazu vom Parlamente ermächtigt zu sein? 5. Warum die Regierung ohne Wissen des Parlaments für uns

schädliche Handelsverträge abgeschlossen hat? 6. Warum die Regierung, ohne das Parlament zu befragen, das Gemeindegesetz in Kroatien geändert und dadurch das autonome Prinzip der Gemeinden verlegt hat?

— (Verweigerung der Ausreise aus Amerika.) In einem Privatbericht aus New-York, in dem die Aussichten der Vereinigten Staaten in wirtschaftlicher Hinsicht in wenig hoffnungsvoller Weise geschildert werden, heißt es: Deutschen, Oesterreichern usw., die schon lange Jahre in Amerika sind und nicht interniert waren, wird jetzt die Heimreise verweigert, da man fürchtet, daß Millionen geschulter Arbeiter das Land verlassen, wodurch ganze Industrien brach gelegt werden könnten.

— (Das Touristenunglück auf dem Hochtörl.) Wir haben neulich kurz berichtet, daß unserem Landsmann Herrn Geometer Richard Krauland vor einiger Zeit im Gebirge von Obersteiermark ein Unglück zugestoßen ist. Nun wurde uns vor ein paar Tagen ein Ausschnitt aus der „Grazer Tagespost“ (10. September) von geschätzter Seite zugesendet, in welchem Näheres über das Unglück berichtet wird, das sich am 2. September auf dem Hochtörl ereignete. Das Blatt schreibt: „Wie wir im gestrigen Abendblatte (9. September) gemeldet haben, sind die beiden Geometer Richard Krauland und Hans Riffnaller auf einer Partie auf der Nordwand des Hochtörls (Pflandlroute) verunglückt. Riffnaller ist abgestürzt und tot, während Krauland, der sich ebenfalls Verletzungen zugezogen hat, nach drei Tagen in gänzlich erschöpftem Zustande aufgefunden wurde. Über die näheren Einzelheiten des Unglücks erhalten wir folgende Schilderung: Riffnaller kletterte voraus, Krauland sicherte ihn in einer Entfernung von etwa 25 Metern an einem Mauerhaken. Plötzlich kam wieder ein gewaltiger Steinschlag. Riffnaller stürzte lautlos ab, während Krauland, in dem Bestreben, den Freund zu sichern, das Seil rasch einzog. Die Wucht des Falles war jedoch zu groß und Krauland mußte zusehen, wie Riffnaller drei Meter von ihm entfernt in die Tiefe stürzte. Krauland fielen die Hautsegen von den Händen, am kleinen Finger riß eine Ader und nach einer Sturzhöhe von 50 Meter wurde das Seil einen halben Meter vom Leibe glatt weggeschnitten. Dem Aufschlag nach zu urteilen, dürfte Riffnaller ungefähr 200 Meter tief gestürzt sein. Krauland kletterte noch eine Strecke weiter, mußte aber wegen Erschlaffung seines Oberarmes und Entkräftung durch den starken Blutverlust bald alle weiteren Versuche, sich in Sicherheit zu bringen, aufgeben. In diesem gänzlich erschöpften Zustande verbrachte Krauland zwei Nächte, bis endlich Mittwoch zwei Touristen seine Hilferufe hörten, die später in der Heföhütte vom Unfalle berichteten. Die in der Hütte bedienstete Magd rannte sofort zur nächsten Telephonstelle und meldete nach Admont und Gtatterboden von dem Unfalle. Unter Führung des bekannten Hochtörltouristen Oberleutnants Richter, dann des Oberleutnants Heinzmann und des Herrn Samek (Admont) wurde eine Expedition zusammengestellt, die unter großen Schwierigkeiten, bei denen die drei Herren geradezu Großartiges in Hilfsbereitschaft leisteten, den Verunglückten retten konnte. In der Heföhütte wurde Krauland von Dr. Blau und später von Dr. Jörgler und dessen Mutter, alle aus Graz, in liebevolle Pflege genommen. Tags darauf zog die Expedition auf die Suche nach der Leiche Riffnallers aus, konnte sie aber nicht bergen, noch Beweise für den Tod des Abgestürzten finden; heute haben sich Grazer Herren zur Fortsetzung der Nachforschungen an die Unfallstelle begeben.“ — Wie uns weiters berichtet wird, wurde die Leiche Riffnallers später sodann doch aufgefunden. Herr Geometer Krauland hat sich von seinem Unfalle mittlerweile bereits erholt.

— (Zur Markierung der Banknoten.) Der Finanzminister hat verlautbart, daß die mit der Markierung der Kronennoten betrauten Behörden nur solche Noten nicht markieren dürfen, welche offenbar entweder überhaupt gar nicht durch irgend eine Behörde gestempelt sind oder die Stampiglie einer außerhalb unserer Grenzen liegenden fremden Behörde tragen. Sonst müssen die Behörden sämtliche Kronennoten, also auch unendlich gestempelte und verdächtig fremdsprachlich gestempelte markieren, wenn die be-

treffende Behörde zu dieser Zeit sich auf unserem Territorium befinden konnte. In zweifelhaften Fällen muß unbedingt zugunsten der Partei entschieden und überhaupt jede Schikanie der Bevölkerung vermieden werden. Auch jetzt noch mögen sämtliche Staatskassen sämtliche Kronennoten annehmen, ausgenommen natürlich jene, welche niemals abgestempelt wurden.

— (Der neue amtliche Dinarkurs.) Das Amtsblatt vom 19. November veröffentlicht eine Kundmachung des Finanzministers, laut welcher der Dinar bis auf weiteres mit K 3.50 zu berechnen ist.

— (Zahlungsleistungen an den Staat.) Das Amtsblatt vom 19. November veröffentlicht eine Kundmachung des Finanzministers, laut welcher mit Rücksicht auf das ständige Fallen des Kronenkurses verfügt wird, daß in den Gebieten, in welchen der Dinar das gesetzliche Zahlungsmittel ist, an den Staatskassen keine Kronen mehr statt Dinars angenommen werden können. In den übrigen Gebieten unseres Staates wird der Staat auch weiter Kronen annehmen, aber nach dem vom Finanzminister periodisch festgesetzten Kurse. Auch in Fällen, wo der Staat Zahlungen in Kronen leisten wird, wird dieser Kurs maßgebend sein.

— (Gegen die Spekulation mit Lebensmitteln.) Das Ministerium für Volksernährung hat eine Verordnung herausgegeben gegen die gewissenlose Spekulation mit Lebensmitteln und gegen die Anhäufung anderer Bedarfsgegenstände. Der Handel mit Zucker ist ausgenommen aus dem freien inländischen Verkehr. Der Ernährungsminister hat die Ermächtigung erhalten, diesen Handel derart zu ordnen, daß der freie Handel nicht zu sehr gehindert wird. — Dem Ministerium für Volksernährung wurde ein Kredit von 150 Millionen Kronen zum Ankauf von Lebensmitteln für die passiven Gegenden bewilligt. Diese Summe hat zu dienen wie ein Betriebskapital für heuer und für das kommende Jahr. Wenn die Lebensmittel verkauft werden, muß die vereinnahmte Summe dem Staate wieder erstattet werden.

— (Der Postverkehr mit den okkupierten Gebieten.) Der Briefpostverkehr ist nunmehr für sämtliche durch die Italiener okkupierten slowenischen und kroatischen Gebiete, also für Görz, Fiume, Triest, Dalmatien und Istrien offen. Die Briefe gelangen durch Vermittlung der Schweiz über Italien an die Adressaten. Hierzu sei bemerkt, daß nunmehr der Postverkehr auch mit dem gesamten Auslande, ausgenommen Ungarn, Bulgarien, Türkei und das bolschewistische Rußland, eröffnet ist.

— (Lebensmittelversorgung fremder Staatsbürger, die Grundbesitz in Jugoslawien haben.) Der Minister für Volksernährung hat bezüglich Regelung der Versorgung fremder Staatsbürger, deren Besitz sich innerhalb der Grenzen unseres Königreiches befinden und die im Auslande wohnen, mit landwirtschaftlichen Produkten folgende Verfügung getroffen: Fremde Staatsbürger, deren Realitäten sich im Territorium unseres Königreiches, bezw. diesseits der Demarkationslinie befinden, haben das Recht, von ihrem Besitze jene Menge von Lebensmitteln auszuführen, die ihnen für die eigene Ernährung und die Ernährung ihrer Familie, und zwar während eines Jahres erforderlich ist. Infolgedessen müssen diese Personen, wenn sie Nahrungsmittel von ihrem Besitze über die Staatsgrenzen, bezw. über die Demarkationslinie auszuführen gedenken, ein Gesuch an das Ministerium für Volksernährung in Belgrad mit der Bestätigung ihrer Behörde über die genaue Zahl ihrer Familienmitglieder sowie darüber, wo sich der Besitz befindet, sein Flächenmaß, seine Größe und den Ernteertrag einbringen.

— (Gleichberechtigung in Ungarn.) Das Amtsblatt in Budapest veröffentlicht eine Regierungsverordnung über die Gleichberechtigung aller Bürger des magyarischen Staates. Die Verlautbarung enthält folgende Bestimmung: Alle magyarischen Staatsbürger sind vollkommen gleichberechtigt. Aus der Angehörigkeit zu irgend einer nationalen Minderheit dürfen sich weder Vor- noch Nachteile ergeben. In der Nationalversammlung und in den übrigen Vertretungskörpern kann jeder frei in seiner Muttersprache

sprechen. Alle Gesetze und Verordnungen sind in der magyarischen Sprache und in den Sprachen aller übrigen Minderheiten zu veröffentlichen. Die einzelnen Munizipien und Gemeinden können ihre Amtssprache selbst festsetzen. Wünscht dies ein Fünftel der Mitglieder, so muß auch noch eine zweite Amtssprache eingeführt werden, sowohl im Protokoll als auch in den Verordnungen. Alle rechtlichen und gerichtlichen Entscheidungen werden gleichfalls in dieser Amtssprache oder in der zweiten Amtssprache der betreffenden Zone erledigt. Die Verordnung bestimmt, daß die Angehörigen aller nationalen Minderheiten, welche in einem geschlossenen Gebiete leben, Volks- und Mittelschulen ihrer eigenen Nationalität besuchen dürfen. An den Hochschulen sind Lehrstühle der Sprachen und der Literatur aller nationalen Minderheiten zu errichten.

— (Die Aufhebung der Zeitungszensur verlangt.) Der Kongreß der südslawischen Journalisten in Agram gab in seiner Sitzung vom 16. v. M. der kgl. Regierung gegenüber seiner großen Verwunderung Ausdruck, daß sie die politische Zensur, die innerhalb des ehemaligen Königreiches Serbien aufgehoben wurde, in allen übrigen Gebieten noch aufrecht erhält und hiemit in gewisser Beziehung bezüglich dieser Gebiete ein Mißtrauen gezeigt hat. Da der Kongreß findet, daß diese Regierungsmaßnahme durch nichts gerechtfertigt ist, und da er auf dem Standpunkte der absoluten Pressefreiheit steht, verlangt er von der Regierung, daß das serbische Pressegesetz sogleich auf das Gebiet des ganzen Staates ausgedehnt werde.

— (Jugoslawiens Einwände gegen die Friedensbedingungen.) Der Oberste Alliiertenrat beriet am 12. Nov. über die Note, welche der Friedensdelegation des Staates SHS sogleich übermittelt wurde. Diese Note ist die Antwort auf die Zuschrift des Königreiches SHS, in welcher um einige Änderungen oder die Auslegung der Friedensbedingungen ersucht wird, insoweit sie sich auf den Schutz der nationalen und religiösen Minderheiten beziehen. Der Oberste Rat ist überzeugt, daß seine Antwort der südslawischen Delegation in allen Punkten entspricht, außer der Forderung bezüglich des Gebietes, welches vor dem Kriege vom Jahre 1914 Serbien gehörte. Dieses Gebiet wird gleich dem neueroberten Gebiete den Bestimmungen über den Schutz der Minderheiten unterworfen sein. Der Oberste Rat hofft, daß die übrigen Begünstigungen, welche dem Königreiche SHS gewährt wurden, die südslawische Delegation veranlassen werden, den Friedensvertrag mit Österreich von St. Germain zu unterfertigen.

— („Riječ“ über die Teuerung.) Das Agramer Blatt „Riječ“ schreibt über die Teuerung, welche die Intelligenz und die Arbeiterschaft am schwersten empfindet. Gewissenlose Händler tragen daran die größte Schuld, da sie jede Gelegenheit ausnützen, um die Konsumenten auszubeuten. Der Staat habe die Pflicht, auch diesen Händlern Respekt vor dem Staat einzufloßen.

— (Erhöhung der Tabakpreise in Wien.) Vom 1. Dezember an sind die Tabak- und Tabakproduktenpreise in Österreich um 70 bis 100 Prozent erhöht worden.

— (Der Dollarkurs) ist in den letztvergangenen Tagen auf 100 (l) gestiegen.

— (Die Markierung der Banknoten.) Laut Mitteilung der Generalkommission zur Markierung der Kronennoten in Belgrad hat dort die Markierung am 26. November bei den Geldinstituten begonnen. Während der ganzen Zeit der Banknotenmarkierung ist die Einfuhr von Banknoten der Österr.-ungarischen Bank bis auf weiteres strengstens verboten. Die Kommission zur Durchführung der Valutareform in Agram hat als Subkommission für die Banknotenmarkierung den Geldinstituten, die mit der Markierung betraut wurden, folgende Weisungen erteilt: Die Ausfließermarken sind bloß auf 80 Prozent des vorgelegten Gesamtbetrages aufzukleben, auf die restlichen 20 Prozent dürfen keine Marken geklebt werden. Von jedermann sind diese 20 Prozent einzuheben, sei dies eine Privat- oder eine öffentliche Rechtsperson. Die 20 Prozent werden als dem Institute anvertrautes staatliches Depot betrachtet. Die Noten sind auf der deutschen Textseite rechts in

der oberen Ecke zu markieren. Die Marken dürfen der Bevölkerung nicht verteilt werden, sondern die Organe der Geldinstitute müssen sie selbst aufkleben. Zurückzubehalten sind für die 20 Prozent die abgenutzten und zerrissenen Banknoten. Die Bevölkerung wird aufgefordert, die Banknoten ordentlich zusammenzustellen, zuerst nach den Gattungen in Paketen zu 100 Stück. Die blau-gelben Marken werden auf die Tausender, die braunen auf die Hunderter, die violetten auf die Zwanzigkronennoten, die orangefarbenen auf die Zehnkronennoten aufgeklebt. Jedem müssen für unmarkierte sofort markierte Banknoten, natürlich nach Abzug der 20 Prozent, übergeben werden. Die Industrie- und Gewerbetreibende sind aufzufordern, ihre Banknoten zuerst zur Markierung vorzulegen, ebenso die einzelnen Behörden und Ämter.

— (Zur Regelung der Valuta.) Bei der in Agram am 11. November in Angelegenheit der Verordnung über die Kronenmarkierung abgehaltenen Konferenz äußerte sich der Vertreter der Fachpresse Max Mautner über die Valutamassnahmen, wie folgt: Der Grundfehler scheint darin zu liegen, daß bei der Regelung unserer Valuta der Staatsdinar vom Bankdinar nicht genau unterschieden wird. Der neue Staatsdinar wird nichts anderes sein als die heutige Krone, weil auch er eine pendente Staatsschuld bilden wird. Der Austausch in Staatsdinars ist bloß aus technischen Gründen erforderlich, um eine weitere Inflation falsch abgestempelter Kronennoten zu verhindern. Daher könne ein Austausch nur al pari vorgenommen werden. Der Unterschied zwischen dem Bankdinar, welcher von der Nationalbank emittiert werde und dort genügende Deckung besitzt, und dem Staatsdinar, der vom Staate emittiert wird und keine reale Deckung besitzt, muß genau festgehalten werden. Die weitere Regelung unserer Valuta, d. h. die allmähliche Einziehung der Staatsdinars und ihr Austausch für Bankdinars ist die Aufgabe unserer künftigen Finanz- und Wirtschaftspolitik. Ein sofortiger Austausch der Kronennoten für Bankdinars, unter welchem immer für einem Kurse, hätte geradezu katastrophale Folgen. Denn es müßten zumindest viermal so viel Bankdinars emittiert werden, als es bisher im Umlaufe gibt, folglich würde sich die Deckung dieser Dinars auf ein Viertel vermindern, was eine nutzlose Verwässerung des Dinars mit sich brächte. Auch der Präsident des Verbandes der Agrar Geldinstitute Dr. Urbanic sagte, die gesamte öffentliche Meinung stehe auf dem Standpunkt, daß die Kronennoten für Staatsdinars al pari eingetauscht werden müssen, während die Relation zwischen dem neuen Gelde und Bankdinar nur allmählich geregelt werden kann.

— (Einwanderungsverbot für Kanada.) Wie „The Canada Gazette“ berichtet, hat der Generalgouverneur auf Vorschlag des Ministers für Einwanderung und Kolonisation nachstehende vom 9. Juni 1919 datierte Verfügung erlassen: Einwanderern, die feindliche Ausländer sind oder während des Krieges gewesen sind, ist es bis auf weiteres verboten, in Kanada zu landen. Die Bestimmung erstreckt sich jedoch nicht auf diejenigen Klassen oder Nationalitäten, die ehemals im technischen Sinne Staatsangehörige Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens oder der Türkei waren, nunmehr aber ihre Unabhängigkeit erklärt haben, bzw. deren Unabhängigkeit von der Friedenskonferenz anerkannt ist oder deren Regierung unter der Kontrolle einer Mandatsmacht steht.

— (Keine Kleider!) Dieser Tage lasen wir in einem Prager Blatte, daß im Erzgebirge 40 bis 50% der Kinder die Schule nicht besuchen können, weil sie ohne Schuhe, ohne Strümpfe, ohne halbwegs wärmende Kleider im Gebirge nicht durch den Schnee stapfen können. — Auch bei uns wird die Kleiderfrage immer dringender, besonders in Familien mit zahlreichen Kindern. Neue Stoffe zu kaufen, neue Kleider machen zu lassen, verursacht unerschwingliche Kosten. Es wird geflickt und wieder geflickt; in der früheren Friedenszeit hätte man sich geschämt, die Kinder so in die Schule zu schicken. Heute muß alles gut sein. Wenn nicht allmählich doch ein Abbau der Preise eintreten wird, wird die Schuh- und Kleiderbeschaffungsfrage viele Landwirte zur Auswanderung zwingen.

— (Eine amtliche Erklärung des Ministeriums

des Äußeren.) Das Pressbureau des Ministeriums des Äußeren teilt mit: Unsere nationalen Interessen an der Adria und der Westgrenze waren in den letzten Tagen Gegenstand der besonderen Sorge der Regierung und hat dieselbe anlässlich der neuen Agitationen d'Annunzios und seiner Anhänger Schutzmaßnahmen ergriffen. Heute ist inzwischen die Regierung zur sicheren Ueberzeugung gelangt, daß zu irgendwelchen Beunruhigungen keinerlei Grund besteht. Es wurde ihr nämlich mitgeteilt, daß unsere Interessen keiner Gefahr ausgesetzt sind, wie dies unsere öffentliche Meinung denkt, sondern, daß die Friedenskonferenz in kürzester Zeit dieser ganzen Frage eine Lösung geben wird, welche, wie uns mitgeteilt wurde, unsere legitimen Aspirationen zufriedenstellen wird. Die Regierung wird selbstverständlich bei den Maßregeln verbleiben, die sie angeordnet hat und die gerade deshalb ernst sind, weil sie jedes provokatorischen Charakters entbehren.

— (Freier Warenverkehr im Inlande, großzügige Förderung der Ausfuhr.) Das Ministerium für Handel und Gewerbe meldet: Auf Grund der Berichte, welche die Minister für Handel, Finanzen und Ernährung eingebracht haben, beschloß der Ministerrat, die Regelung des Innen- und Außenhandels auf einer neuen Grundlage. Der Warenverkauf ist im Inlande vollkommen frei, mit Ausnahme von Zucker, der in die Verwaltung des Ernährungsministeriums gehört. Die Ausfuhr wird in weitestem Umfange bewilligt. Die Ausfuhrwaren werden in vier Klassen eingeteilt. In die erste Klasse sind diejenigen Waren eingereiht, deren Ausfuhr in jeder Menge und ohne Ausfuhrzoll gestattet ist. In die zweite Klasse gehören jene Waren, deren Ausfuhr nicht beschränkt ist, aber einem Ausfuhrzoll untersteht (Lamm-, Ziegen-, Wildleder, Bauholz); in die dritte Klasse kontingentierte Waren, von denen ein Ausfuhrzoll bezahlt werden muß, und in die vierte Klasse Waren, deren Ausfuhr verboten ist. Für die kontingentierten Waren ist die freie Ausfuhr in folgender Menge gestattet: 8000 Waggons Weizen und Weizenmehl, 12.000 Waggons Rukuruz, Korn und Gries, 150 Waggons Fisolen, Erbsen und Bohnen, 2000 Waggons Heu, Stroh und Klee, 200 Waggons Hanf und Lein, 20.000 Waggons Schlachtochsen, 30.000 Waggons Schafe und Ziegen, 25.000 Waggons Schweine und 2000 Waggons Schlachtpferde. Der Ausfuhrzoll muß bei den Finanzdirektionen in Belgrad, Agram, Usküb, Laibach, Sarajewo und Spalato in Dinaren bezahlt werden. Für alle diese Waren ist bei der Devisenzentrale in Belgrad oder bei ihren Filialen gute Valuta erhältlich. Wenn es nötig sein sollte, kann der Ernährungsminister auf Grund eines Einvernehmens mit dem Handelsminister in gewissen Kreisen die Ausfuhr der einzelnen Gegenstände verbieten. Sendungen von Waren für den Lebensunterhalt für das Inland genießen Transportpriorität. Diese Entscheidung hebt alle früheren Dispositionen hinsichtlich der Ausfuhr sowie sämtliche Ausfuhrbewilligungen auf, die bereits ausgegeben wurden, ausgenommen diejenigen, welche Waren betreffen, die bereits unterwegs sind.

Mitterdorf. (Gestorben) ist am 12. November der ledige Franz Kren aus Ort 12 im Alter von 25 Jahren. Den Keim zur Lungenschwindsucht hat er sich im Kriege geholt.

— (Drei neue Doktoren.) Die Herren Johann Petsche, Mitterdorf 22; Josef Krauland, Roflern 14; Ferdinand Siegmund, Mitterdorf 45 sind Doktoren der Rechtswissenschaft geworden. Wir gratulieren und wünschen, daß alle drei innerhalb der Reichsgrenzen bleiben und da der Heimat zu Nutz sich betätigen möchten.

Hohenegg. (Was alte Leute erzählen.) Alte Leute in Hohenegg erzählen von der Bestiedlung Gottschees: Als unsere Vorfahren ins Land kamen und die Wildnis sahen, sollen sie gerufen haben: Gott schegn insch und das Land! Aus „Gottsegn“ soll der Name Gottschee entstanden sein. (Das ist selbstverständlich nur Volksetymologie. Das Gleiche wurde über Gottschee schon von Balvasor vor ein paar Jahrhunderten erzählt. D. Schriftl.) Auch eine andere volkstümliche Namensklärung gibt es. Die Einwanderer sollen nämlich hier einen See angetroffen haben, in welchem sie in ihrer

großen Not Fische fingen; von diesen und vom Wildbret sollen sie in erster Zeit gelebt haben. Da der See sehr fischreich war, sprachen sie: „A guater Scheab!“ Daraus soll dann Gottscheab = Gottschee entstanden sein. (Sowohl die erste als auch die zweite volkstümliche Namensklärung ist unzutreffend. Gottschee bekam seinen Namen höchstwahrscheinlich von den benachbarten Reifnitzern, welche die Blochhausansiedlungen im 14. Jahrhundert als „Kočevje“ bezeichneten. Wie der verloren gegangene ursprüngliche deutsche Ortsname gelautet haben mag, wissen wir nicht; wahrscheinlich sagten die Leute „bei der neuen Kirche“, im Gegensatz zu Mitterdorf, welches „Altkirchen“ oder „bei der alten Kirche“ hieß. D. Schriftl.). — Auch über die Entstehung des Ortsnamens Hohenegg gibt es hier eine volkstümliche Erklärung. Als nämlich einmal der in Gottschee (Friedrichstein) residierende Graf auf die Jagd ging, soll er sich in einer dichten Waldwildnis verirrt haben. Erst als er auf den Annaberg kam, konnte er sich wieder orientieren. Als er auf seine Burg Friedrichstein (es muß also der Graf Friedrich von Cilli gewesen sein) zurückgekehrt war, fragte man ihn, wo er so lange gewesen sei; man habe bereits nach ihm gesucht, aber ihn nicht finden können. Der Graf erwiderte: Ich war dort auf jenem hohen Eck! — Daher der Name Hohenegg. (Die volkstümliche Erklärung des Ortsnamens trifft das Richtige. Eck, ahd. ecka, ecca = Bergvorsprung. Die Erzählung über den Grafen ist dabei eine volkstümliche Zugabe. D. Schriftl.).

Göttenik. (Keelle Diebe.) Gelddiebstähle kommen hier zwar nicht vor, wohl aber mangelt es an anderen Dieben nicht. Da

das Geld derzeit vielfachen Schwankungen ausgesetzt ist und sich der Wert desselben fortwährend verringert, haben sich einige Diebe deshalb mehr auf Sachen und Gegenstände verlegt, als Kummerte, Brauntweinkessel etc. Ein gesuchtes Objekt sind auch Hühner; dabei dürfte keineswegs wie in früheren Jahren Reineke Fuchs, sondern ein zweifüßiger Reineke der Täter sein.

— (Bolschewiken) scheint es nicht nur in Ausland und anderen Ländern, sondern auch bereits hier zu geben. „Neue Zeiten, neue Gesetze“ rufen sie und folgern daraus: „Frei, frei von allen Lasten, abgeschafft seien bereits alle Lasten.“ Die Genannten dürften sich jeder etwa einige Duzend Foch vom fürstlichen Walde erhofft haben. Da nun ihre Erwartungen nicht eingetroffen sind, suchen sie sich auf andere Weise zu entschädigen. „Warum in die Ferne schweifen“, lieber gleich bei der Pfarr-Kollektur beginnen! Es hat nun die Regierung durch die Bezirkshauptmannschaft bereits einige Male zu verstehen gegeben, daß hier nach bolschewistischem Muster nicht vorgegangen werden dürfe; doch darauf achten die Genannten als echte Bolschewisten nicht. Jenen Anhängern der Bolschewisten aber, welche zugleich Mitglieder des Gemeinde-Ausschusses sind, wäre zu raten, in dieser Angelegenheit mehr Einsicht und Ernst zu zeigen. — Den Kranken gibt man die Arzneien tropfenweise, deshalb für diesmal genug.

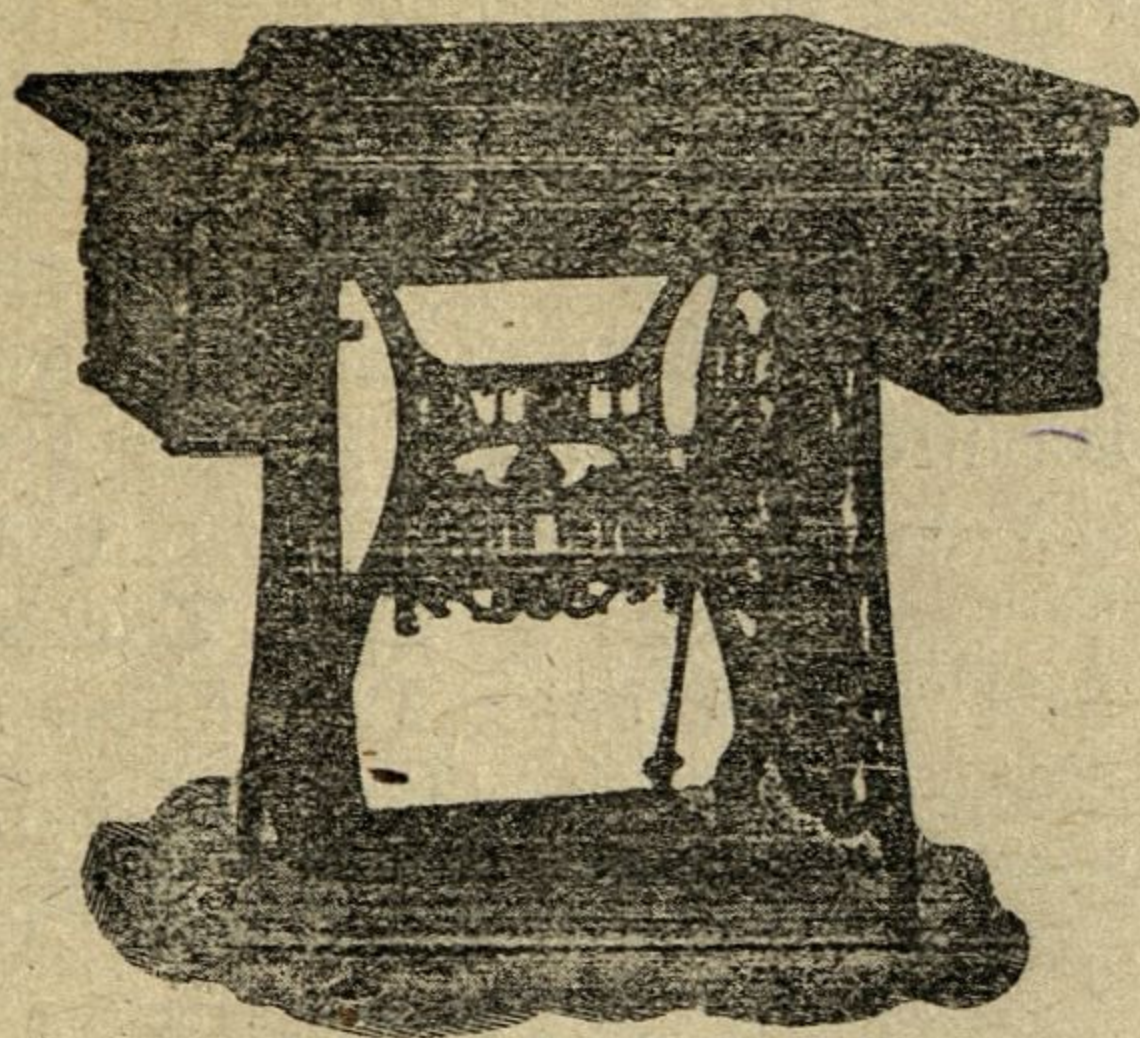
Graz. (Trauung.) Kürzlich wurde hier Herr Franz Krauland mit Fräulein Melanie Weidinger getraut. — Herzlichen Glückwunsch!

Bei einmaliger Einschaltung kostet die viergespaltene Kleindruckzeile oder eben Raum 10 Heller, bei mehrmaliger Einschaltung 8 Heller. Bei Einschaltungen durch ein halbes Jahr wird eine zehnprozentige, bei solchen durch das ganze Jahr eine zwanzigprozentige Ermäßigung gewährt.

Anzeigen.

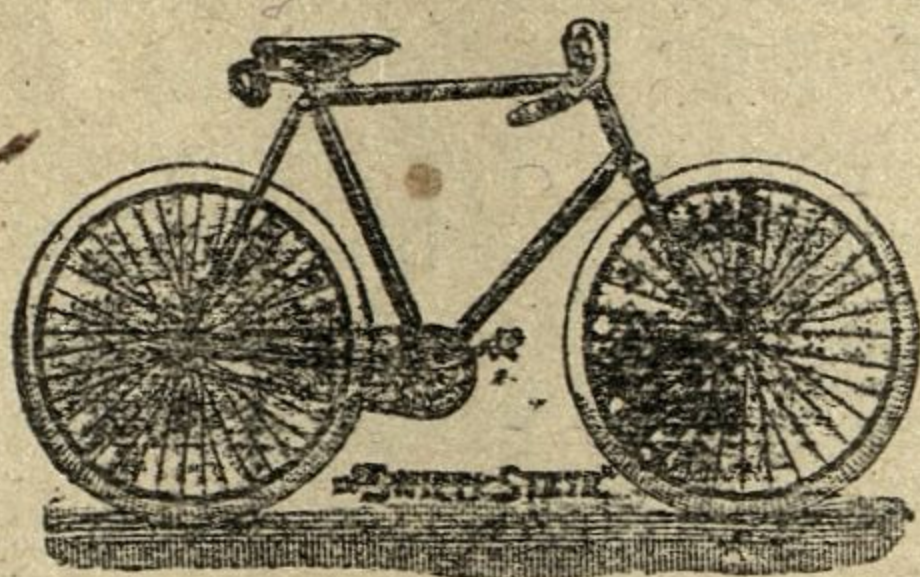
Die Anzeigengebühr ist bei einmaliger Einschaltung gleich bei Bestellung, bei mehrmaliger vor der zweiten Einschaltung zu erlegen. — Es wird höflichst ersucht, bei Bestellungen von den in unserem Blatte angezeigten Firmen sich stets auf den „Gottscheer Zeitung“ zu beziehen.

Reichhaltiges Lager der besten und billigsten
Fahrräder und Nähmaschinen
für Familie und Gewerbe.



Schreibmaschinen.

Langjährige Garantie.



Johann Jax & Sohn - Laibach
Wienerstrasse Nr. 15.

Verein der Deutschen a. Gottschee
in Wien.

Sitz: I., Himmelpfortgasse Nr. 3

wohin alle Zuschriften zu richten sind und Landsleute ihren Beitritt anmelden können.

Zusammenkunft: Jeden Donnerstag im Vereinsheim Paul Deierls Gastwirtschaft, I., Babenbergerstrasse Nr. 5a.

Schillers und Shakespeares Werke

(25 Bände), gut erhalten, und ein Regal hiezu aus Nußbaumholz sind zu verkaufen. Anzufragen bei der Verwaltung des Blattes.

**Abonnieret und leset die
Gottscheer Zeitung!**

Sparkasse der Stadt Gottschee

Das Amtslokal der Sparkasse der Stadt Gottschee befindet sich im Schloßgebäude am Nuerspergplatz.

Amtstage jeden Montag und Donnerstag von 8 bis 11 Uhr und an allen Jahrmarttagen von 9 bis 11 Uhr vormittags.

Einlagenstand Ende Dezember 1918:
K 11.272.732-27.
Zinsfuß für Einlagen (ohne Abzug der Rentensteuer) 3 1/2 %.
Zinsfuß für Hypotheken im Bezirke Gottschee 5, in anderen 4 1/2 %.